

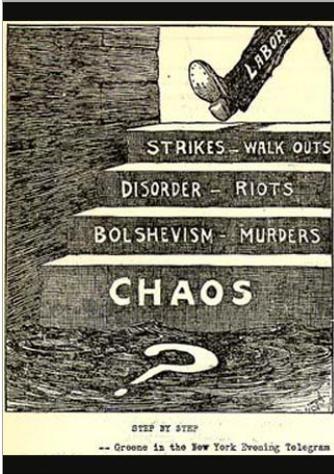


## **Bernd Faulenbach, Antikommunismus,**

Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 03.05.2017

[http://docupedia.de/zg/faulenbach\\_antikommunismus\\_v1\\_de\\_2017](http://docupedia.de/zg/faulenbach_antikommunismus_v1_de_2017)

DOI: <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.2.978.v1>



„Step by Step“ – Politischer Cartoon „Red Scare“ („Rote Angst“) in den USA, New York Evening Telegram, 1. November 1919. Urheber: Sidney Joseph Greene, Quelle: Wikimedia Commons, Lizenz: public domain

## Antikommunismus

von Bernd Faulenbach

### Zum Begriff „Antikommunismus“

„Antikommunismus“ wendet sich gegen den Kommunismus. Beide Phänomene sind dementsprechend verklammert und doch nicht als spiegelbildlich zu betrachten. Mit der Ausbreitung des Kommunismus, mit der Diffusion von Ideologien und Bewegungen waren Abstoßungseffekte, d.h. die Entstehung von Gegenideologien und Gegenbewegungen verbunden. Angesichts der Eigengewichtigkeit sowohl des Kommunismus als auch des Antikommunismus waren und sind beide Phänomene zwar miteinander verschränkt, doch keineswegs gleichartig, zumal beide in einem komplexen Aktions-Reaktions-Verhältnis zueinanderstehen und dem historischen Wandel unterworfen sind. Ebenso wie der Kommunismus recht verschiedene Gestalt angenommen hat, ist zwangsläufig auch der Antikommunismus recht unterschiedlicher Natur.<sup>[1]</sup>

„Antikommunismus“ wird hier als eine historische Kategorie behandelt – wohl wissend, dass er bis heute auch als Kampfbegriff in der politischen Auseinandersetzung verwendet wird. Der Begriff „Antikommunismus“ wird daher weit gefasst, denn „negativer“ Antikommunismus und „positive“ Kommunismuskritik sind nicht klar voneinander zu trennen; die Übergänge sind fließend.<sup>[2]</sup> Idealtypisch lässt sich „Antikommunismus“ gleichwohl in vielerlei Hinsicht unterscheiden: Bezogen auf die Gegnerschaft wendet er sich gegen einen äußeren Gegner oder gegen eine Bewegung im Inneren oder auch gegen einen universalen Feind. Er kann weltanschaulich-religiös oder politisch, demokratisch oder antidemokratisch motiviert sein. Bezogen auf den politischen Standort und die Begründungen des Antikommunismus lassen sich richtungspolitisch sozialdemokratischer Antikommunismus, bürgerlicher,

(liberaler, konservativer oder auch reaktionärer Antikommunismus) sowie nationalistischer/faschistischer/nationalsozialistischer Antikommunismus voneinander unterscheiden.

Träger des Antikommunismus können Staaten wie politisch-gesellschaftliche Kräfte und Milieus oder auch Individuen sein. Zugleich übt er sehr verschiedene Funktionen aus, die über die Ablehnung oder Bekämpfung des Kommunismus weit hinausgehen können.

Hinsichtlich der Gestalt des Antikommunismus ist ebenfalls zu differenzieren: Antikommunismus kann eine Haltung, eine Ideologie<sup>[3]</sup> oder eine Bewegung sein, eine schlichte – teilweise auch mit Vorurteilen arbeitende – Bekämpfung des Kommunismus oder eine hochreflektierte Auseinandersetzung mit dem Kommunismus implizieren.<sup>[4]</sup> Der Antikommunismus kann für eine Bewegung konstitutiv oder nur eine neben anderen ideologischen Komponenten sein; es hat ihn in gemäßigter oder auch radikaler Variante gegeben. Im Hinblick auf die Formen des Antikommunismus lassen sich Propaganda, Aufklärungs- oder Bildungsarbeit, wissenschaftliche Arbeit, ideologische Auseinandersetzung, militante oder gemäßigte Formen unterscheiden. Der Antikommunismus ist mit den verschiedenen nationalen Geschichten und Kulturen verbunden, sodass er eher noch schwerer zu fassen ist als der Kommunismus mit seinem internationalistischen Anspruch, hinter dem dieser freilich in der Praxis weit zurückgeblieben ist.<sup>[5]</sup> Angesichts seiner Vielfalt und Diffusität steht hier der deutsche Fall im europäischen und westlichen Kontext im Vordergrund, wobei die Frage nach Kontinuität und Wandel von besonderem Interesse ist.

Wie der Kommunismus hat der Antikommunismus verschiedene Epochen durchlaufen. Nach einer längeren Vorgeschichte seit dem Kommunistischen Manifest 1848 erhielt er seine entscheidende Prägung mit der Russischen Revolution 1917, dem russischen Bürgerkrieg und den revolutionären Ereignissen nach dem Ersten Weltkrieg. In der Zwischenkriegszeit, in der das kommunistische Regime und die mit ihm entstehende kommunistische Bewegung zunehmend durch den Stalinismus geprägt wurden, bildeten sich verschiedene Formen des Antikommunismus/Antibolschewismus heraus. Insbesondere für die extreme Rechte hatte der Antikommunismus geradezu konstitutive Bedeutung. Antikommunismus begann während der 1930er-Jahre ein ideologisch verbindendes Moment auf der zwischenstaatlichen Ebene zu werden und spielte für die „Achsenmächte“ im Zweiten Weltkrieg eine nicht zu unterschätzende Rolle. Eine zweite Phase des Antikommunismus setzte nach dem Zweiten Weltkrieg ein, wesentlich stimuliert durch die Einrichtung von kommunistischen Satellitenregimen im sowjetischen Herrschaftsbereich und durch den Koreakrieg, generell durch den Ost-West-Antagonismus und den Gegensatz der Ideologien. Jetzt verband Antikommunismus die westlichen Länder, in denen antikommunistische Orientierungen mehr oder weniger dominant wurden und sich teilweise wiederum richtungspolitisch ausfächerten. Dieser Antikommunismus schwächte sich in der Zeit der Entspannungspolitik tendenziell ab. Eine dritte Phase der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, die man nur im weiteren Sinne als Antikommunismus auffassen kann, entwickelte sich in den oppositionellen Bewegungen in Osteuropa seit den 1970er-Jahren und nach dem Ende der kommunistischen Systeme auch im Westen.

Der Beitrag thematisiert zunächst die Entstehung des Antikommunismus seit 1917, dann werden die Epochen des Antikommunismus dargestellt bis hin zur Auseinandersetzung mit dem Kommunismus seit der Epochenwende 1989-91. Abschließend werden der Forschungsstand und offene Fragen erörtert.

## **Zur Entstehung von „Antikommunismus“ seit 1917**

„Antikommunismus“ – wie wir ihn heute verstehen – ist ein Phänomen des 20. Jahrhunderts, das Eric Hobsbawm als „Zeitalter der Extreme“ interpretiert hat.<sup>[6]</sup> Er hat die Herausbildung kommunistischer Bewegungen und Systeme zur Voraussetzung. Gewiss wurde 1848 das „Kommunistische Manifest“ veröffentlicht, entstand schon vorher der Bund der Kommunisten und ging es im Kölner Kommunistenprozess 1852 um eine vermeintliche Verschwörung der Kommunisten.<sup>[7]</sup> Hier mag man ebenso wie bei der gewaltsamen Niederschlagung der Pariser Kommune gewisse Momente einer Antizipation des Antikommunismus des 20. Jahrhunderts sehen: die Wendung gegen Kommunisten als einer teilweisen geheimen, auf Umsturz gerichteten Organisation, die damit verbundene Furcht vor einer gegen das Bürgertum gerichteten Revolution und davon geprägte Gegenmaßnahmen. Auch manifestierte sich sowohl im Bismarck'schen Sozialistengesetz als auch in bürgerlichen Sammlungsbewegungen im Kaiserreich eine teilweise militant anti-sozialdemokratische Haltung. Doch ist der Charakter der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, die auf die Realisierung von Demokratie ebenso ausgerichtet war wie auf eine gesellschaftliche Umgestaltung, gänzlich anderer Art wie die im 20. Jahrhundert in Russland entstehende kommunistische Bewegung. Dementsprechend ist der Kampf gegen die Sozialdemokratie nicht mit dem Antikommunismus gleichzusetzen, auch wenn bestimmte ideologische Versatzstücke wie der Antimarxismus sich gegen Kommunismus und Sozialismus gleichermaßen verwenden ließen und zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten nicht immer unterschieden wurde.

Der Antikommunismus des 20. Jahrhunderts entstand als Reaktion und Gegenbewegung zur Russischen Revolution 1917, zu sich anschließenden revolutionären Ereignissen in verschiedenen Ländern und zur Entstehung kommunistischer Parteien der sog. III. Internationale nach dem Ersten Weltkrieg. Angesichts der besonderen Bedeutung der Russischen Revolution und ihrer Wirkung auf Teile der sich radikalierenden Arbeiterbewegung, die sie als Beginn einer neuen Zeit betrachteten, war der entstehende Antikommunismus in erheblichem Maße ein „Antibolschewismus“, sodass die Begriffe „Antikommunismus“ und „Antibolschewismus“ teilweise geradezu synonym gebraucht wurden.

Es war der Charakter der Russischen Revolution – die Vernichtung der alten Eliten und der Bourgeoise durch die „Roten“, die Bolschewiki und revolutionäre Arbeiter und Bauern, die Gewaltsamkeit der Veränderung samt der damit verbundenen Gewaltexzesse – der abstieß und zu heftigen Gegenreaktionen führte, die schon im russischen Bürgerkrieg im Handeln der „Weißen“ manifest wurden und deren Gewalt vermeintlich rechtfertigten. Tief irritierend wirkte die Russische Revolution als erste proletarische Revolution auch deshalb, weil sie

von Lenin und den Bolschewiki als Beginn der Weltrevolution begriffen und vielerorts als Vorbild oder gar als Modell einer proletarischen Revolution des radikalen Flügels der Arbeiterbewegung betrachtet wurde.<sup>[8]</sup>

Auch wenn die Russische Revolution, die in Erwartung der Weltrevolution von den Bolschewiki betrieben wurde, nicht als Initialzündung für eine proletarische Revolution in Europa funktionierte, so gab es eben doch eine Vielzahl revolutionärer Geschehnisse, obgleich die Veränderungen dann doch durchweg zur Einführung parlamentarischer Systeme führten.<sup>[9]</sup> Doch fehlte es nicht an Versuchen, weitergehende proletarische Revolutionen zu inszenieren. Genannt seien der Spartakusaufstand in Berlin im Januar 1919, der kommunistische Putschversuch in Wien im April 1919, die Münchener Räterepublik im gleichen Monat, der Kampf der Roten Ruhrarmee im März 1920, die Aufstände in Hamburg, Sachsen und Thüringen 1923 – der sogenannte Deutsche Oktober –, international gesehen die lettische Sowjetrepublik 1919, das kommunistische Regime unter Béla Kun in Ungarn im gleichen Jahr und der bulgarische Aufstand im September 1923.<sup>[10]</sup> Auch wenn diese und andere kommunistische Aufstands- und Putschversuche scheiterten, so hatten sie doch eine erhebliche sozialpsychologische Wirkung auf die Gesellschaften in den verschiedenen europäischen Ländern.<sup>[11]</sup>

Nachhaltig war auch die Wirkung der Bildung der Kommunistischen Internationale mit ihrer Zentrale in Moskau, die bald von der sowjetischen Politik dominiert wurde. Überall entstanden kommunistische Parteien, die in einigen Ländern – wie in Deutschland – großen Einfluss hatten. Die Folge davon war nicht nur die dauerhafte Trennung der Kommunisten von der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, sondern auch die Tendenz zu antikommunistischer Parteinarbeit in der übrigen Gesellschaft und teilweise auch die Bildung antikommunistischer Organisationen.

## **Die Spaltung der Arbeiterbewegung und die Kritik der Sozialdemokratie an Bolschewismus und Kommunismus**

Die Mehrzahl der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien in Europa reagierte mit scharfer Kritik auf die Oktoberrevolution und die gewaltsame Etablierung der proletarischen Diktatur. Seit der gewaltsamen Auflösung der verfassunggebenden Nationalversammlung in Russland gab es einen tiefen Bruch zwischen der Sozialdemokratie einerseits und den Bolschewiki andererseits. Für die Sozialdemokratie ließ sich der Sozialismus nur auf der Basis von Demokratie und hoch entwickelter Produktionsweise aufbauen. Die Führung der Mehrheits-SPD (MSPD) unter Friedrich Ebert, die sich dabei auf einen Großteil der Arbeiter- und Soldatenräte stützen konnte, ging ganz bewusst den Weg zur parlamentarischen Republik, während die Haltung der USPD zum Teil widersprüchlich war. Die SPD wurde zur Hauptträgerin der demokratischen Republik – bekämpft von der Ende 1918 gegründeten KPD, die durch den Beitritt eines Teils der USPD nach deren Spaltung im Oktober 1920 zur Massenpartei wurde.<sup>[12]</sup> Es war der Gegensatz von Demokratie und Diktatur, der SPD und KPD, die in keiner Phase eine demokratische Partei war und bald unter bolschewistischen Einfluss geriet, trennte.<sup>[13]</sup> Die SPD bekämpfte die

kommunistische Politik und die KPD, die ihrerseits die Sozialdemokraten seit Mitte der 1920er-Jahre als „Sozialfaschisten“ denunzierte.

Karl Kautsky, der von der USPD 1922 zur SPD zurückkehrende Theoretiker, setzte sich in der Weimarer Zeit in einer ganzen Reihe von Schriften sehr kritisch mit der Russischen Revolution und der sowjetkommunistischen Diktatur auseinander.<sup>[14]</sup> Die gewaltsame Revolution, die bewusst auf den demokratischen Weg verzichtete, führte aus seiner Sicht zwangsläufig zur Despotie. Eine gewisse Rolle für die Kritik am Bolschewismus spielten auch die Menschewiki, die in den Westen flohen – eines der Zentren der russischen Emigration war Berlin – und das Bild der Russischen Revolution in der deutschen Sozialdemokratie und den europäischen sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien nicht unwesentlich beeinflussten.<sup>[15]</sup> Keine Frage, dass die Russische Revolution und die Errichtung der sowjetkommunistischen Diktatur das nachdrückliche Eintreten der Sozialdemokratie für den Weg der Demokratie zur Realisierung sozialistischer Reformen ebenso verstärkt haben wie die Ablehnung der kommunistischen Politik, die durch Aufstände und Putschversuche die parlamentarische Demokratie überwinden und „Sowjetdeutschland“ errichten wollte.

Die Sozialdemokratie bekämpfte die Feinde der Demokratie am rechten wie am linken Rand des politischen Spektrums. In Reden wichtiger Sozialdemokraten wurden zunehmend Parallelen zwischen Moskau und Rom, zwischen Sowjets und Faschisten, zwischen Stalin und Mussolini gezogen.<sup>[16]</sup> Ihre Ablehnung von Kommunismus und Faschismus ließ die Sozialdemokraten schon in der Weimarer Zeit die Totalitarismustheorie antizipieren. Insgesamt war die Kommunismuskritik der Sozialdemokratie – anders als das Urteil großer Teile des bürgerlichen Antikommunismus – meist differenziert. Bemerkenswert ist auch, dass kleine Gruppen den Gegensatz zwischen SPD und KPD immer noch zu transzendieren hofften. Die Gegnerschaft zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten wurde jedoch nach 1933 keineswegs durchweg überwunden, das gilt für die Widerstandsarbeit und selbst noch in den Konzentrationslagern. Lediglich im Exil gab es Ansätze einer Allianz für eine Volksfrontbildung in den 1930er-Jahren, die sich zeitweilig in Frankreich und Spanien durchsetzte, allerdings im Spanischen Bürgerkrieg besiegt wurde.<sup>[17]</sup> Das Verhalten der Kommunisten im Bürgerkrieg, der Massenterror in der Sowjetunion 1937/38 und das Bündnis von Stalin und Hitler 1939 trugen wesentlich zur Perpetuierung der kommunistuskritischen Haltung der Sozialdemokraten bei.

## **Antikommunismus 1917-1945**

In vielen europäischen Ländern entstanden mit der Russischen Revolution und mit den andernorts nach dem Ersten Weltkrieg auftretenden revolutionären Ereignissen und sozialen Unruhen, gefördert auch durch die Gründung kommunistischer Parteien und der Kommunistischen Internationale, Gegenbewegungen, die den Bolschewismus oder den Kommunismus bekämpften. Dies gilt insbesondere für die Länder, die den Krieg verloren hatten, war jedoch keineswegs auf diese beschränkt.

## Die Weimarer Republik

Nimmt man die deutschen Verhältnisse als Beispiel, so bildete sich schon 1918 – zunächst auch von Friedrich Naumann unterstützt – eine „Antibolschewistische Liga“ unter Führung des Neokonservativen Eduard Stadtler, die sich 1919 in „Liga zum Schutze der deutschen Kultur“ umbenannte. Sie fiel durch eine Vielzahl von antikommunistischen Aktivitäten auf, vor allem durch die Publikation von Schriften über den Bolschewismus als Weltgefahr, hatte zugleich Verbindungen zu den Freikorps auf der einen Seite und bürgerlichen, auch großindustriellen Kreisen auf der anderen Seite und war zeitweilig eine Massenbewegung.<sup>[18]</sup> Stadtler, der ursprünglich vom Zentrum her kam, hatte die Russische Revolution als Kriegsgefangener erlebt und war in den 1920er-Jahren ein Repräsentant des vielfältigen antidemokratischen Denkens der Weimarer Republik.

Antibolschewistische und antikommunistische Positionen wurden freilich auch von den Liberalen und Linksliberalen vertreten, wobei es manche Übereinstimmung mit den Sozialdemokraten gab. Doch hatte im bürgerlichen Lager die Eigentumsfrage ein größeres Gewicht. War hier der Antikommunismus mit demokratischen Orientierungen kompatibel, so war er auf der Rechten bei den Deutschnationalen geradezu antidemokratisch motiviert. Hier spielten Ängste vor der atheistischen Weltanschauung und Kirchenfeindlichkeit eine besondere Rolle; zudem war der Antikommunismus mit dem Antisemitismus verknüpft. Dies gilt noch ungleich stärker für die völkische Rechte und die NSDAP, die gegen den „jüdischen Bolschewismus“ kämpften, was nicht ausschloss, gleichzeitig auch den jüdischen Kapitalismus zu bekämpfen. Die Frage, welche Rolle der Antikommunismus/Antibolschewismus spielte, ist daher bezogen auf die jeweilige Phase und Gruppierung unterschiedlich zu beantworten. Bemerkenswerterweise schlossen ideologischer Antibolschewismus oder Antikommunismus gerade auch auf der Rechten keineswegs eine außenpolitische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion aus, wie sie etwa die Reichswehrführung unter Hans von Seeckt praktizierte: Sie sollte zu einem deutschen machtpolitischen Wiederaufstieg beitragen.<sup>[19]</sup>

### Westlicher Antikommunismus

Antibolschewismus und Antikommunismus gab es seit 1917 auch bei den westlichen Alliierten, die dementsprechend in den russischen Bürgerkrieg auf Seiten der „Weißen“ – wenn auch letztlich sehr halbherzig – eingriffen. Der Sieg der Bolschewiki, der auch mit der Mobilisierung der ländlichen Bevölkerung durch die Revolution zusammenhing, war damit auch eine Niederlage der westlichen Alliierten. Dass der Antikommunismus selbst in gefestigten Demokratien eine Rolle spielen konnte, zeigt die „Rote Angst, *Red Scare*, in den USA.<sup>[20]</sup> Sie wurde durch mehrere Wellen von Streiks hervorgerufen, die das Land von der West- bis zur Ostküste erschütterten, in denen sich nicht zuletzt anarcho-syndikalistische Kräfte engagierten. Hinzu kamen 1919 eine Reihe von Attentatsversuchen durch Bombenpäckchen auf prominente Wirtschaftsführer und Politiker. Dahinter wurde in der Öffentlichkeit sehr bald eine von der Kommunistischen Internationale gesteuerte Verschwörung gegen die politische und gesellschaftliche Ordnung vermutet. In vielen Einzelstaaten der USA wurden „Antiaufuhr“-Gesetze erlassen, in zahlreichen Institutionen – Universitäten, Schulen, Verwaltungen –

„Säuberungen“ durchgeführt, die Revolutionäre treffen sollten. Justizminister Alexander Mitchell Palmer ging auf Bundesebene scharf gegen „linke“ Ausländer vor, die vielfach des Landes verwiesen wurden. Zwei italienische Einwanderer mit anarchistischen Einstellungen – Nicola Sacco und Bartolomeo Vanzetti – wurden aufgrund von fragwürdigen Indizien wegen Raubmordes zum Tode verurteilt und hingerichtet, obwohl sich zahlreiche prominente Intellektuelle weltweit für sie eingesetzt hatten. 1977 wurden die beiden rehabilitiert.<sup>[21]</sup> 1919/20 war es zu einer regelrechten Hexenjagd gekommen, ein Phänomen, das sich nach dem Zweiten Weltkrieg wiederholen sollte.

### Der Antikommunismus autoritärer, faschistischer und nationalsozialistischer Bewegungen und Regime

Die nach dem Ersten Weltkrieg in Europa entstandenen demokratischen Systeme gerieten in ihrer Mehrzahl in den 1920er- und 1930er-Jahren in Krisen und wurden zunehmend durch autoritäre, faschistische Systeme und – im deutschen Fall – durch die NS-Diktatur ersetzt, die als radikalfaschistische Diktatur begriffen werden kann. Viele Faktoren waren dafür verantwortlich: Funktionsmängel der parlamentarischen Systeme, ökonomische Krisenphänomene, Nationalismus und Nationalitätenkämpfe, antidemokratische, teilweise antiparlamentarische und antiliberalen, nicht selten antisemitische und antikommunistische Bewegungen, die frühere Verhältnisse wieder herstellen oder eine neue konservative Ordnung schaffen wollten.<sup>[22]</sup> Bei der Legitimation der neuen autoritären Systeme – etwa in Polen und Ungarn – spielten neben Nationalismus häufig auch Antikommunismus oder eine gegen die Linke insgesamt gerichtete „antimarxistische“ Vorstellungswelt eine Rolle. Ungleich eindeutiger war der Antibolschewismus/Antikommunismus ein wesentliches Kennzeichen faschistischer Bewegungen und Systeme, das hier ein starkes Motivbündel bildete – neben nationalistischen Zielen, spezifischen am Führerprinzip orientierten Ordnungsvorstellungen und anderen Komponenten.<sup>[23]</sup> Dies zeigen das frankistische Spanien, das faschistische Italien und das nationalsozialistische Deutschland.

Sicherlich gab es keinen Kausalnexus zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus, wie er von Ernst Nolte im Historikerstreit der 1980er-Jahre unterstellt worden war, wohl aber ein recht kompliziertes, keineswegs symmetrisches Verhältnis von Abstoßung, Beeinflussung und Verklammerung.<sup>[24]</sup> Der Antibolschewismus des Nationalsozialismus ist unübersehbar, doch waren die Herrschafts- und Eroberungsvorstellungen und auch der Antisemitismus wohl insgesamt gesehen gewichtigere Komponenten; charakteristisch ist jedenfalls ihre Amalgamierung, etwa im Begriff des „jüdischen Bolschewismus“. Abgesehen davon, dass die nationalsozialistische Ideologie von einer „jüdischen Weltverschwörung“ ausging, die sich ebenso im Kapitalismus wie im Bolschewismus manifestieren würde, rekurriert der Begriff „jüdischer Bolschewismus“ auf die zeitweise starke Präsenz von Juden in revolutionären Bewegungen Russlands und anderer Länder, auch im sowjetischen Staatsapparat. Der Nationalsozialismus versuchte, zwei Feindbilder zu einem zu verbinden, das vor allem gegen Ende des Kriegs – zusammen mit einem antislawischen Rassismus – an Bedeutung gewann, den Krieg im Osten zum Weltanschauungskrieg machte und nicht zuletzt der Mobilisierung der deutschen

Widerstandskräfte angesichts des Vordringens der Sowjetarmee dienen sollte. Das einzige Ziel, das das NS-Regime bis zuletzt konsequent verfolgte, war jedoch der Judenmord.<sup>[25]</sup>

Die antikommunistische Komponente spielte schon in Friedenszeiten eine gewisse Rolle in der Außenpolitik, wie der 1936 geschlossene Antikominternpakt zeigt, dem dann Mussolinis Italien und auch Ungarn beitraten.<sup>[26]</sup> Andererseits hinderte der Antibolschewismus/Antikommunismus Hitler im August 1939 nicht, den sogenannten Hitler-Stalin-Pakt zur Aufteilung Polens, zur Abgrenzung der Interessensphären und zu einer politisch-ökonomischen Zusammenarbeit abzuschließen. Die kommunistische Sowjetunion gehörte schließlich zu den Siegern des Zweiten Weltkriegs und gewann damit ein Prestige und Gewicht, das sie so noch nie besessen hatte. Das Jahr 1945 war insofern eine deutliche Niederlage des Antikommunismus.

## **Antikommunismus im Kalten Krieg der 1950er- und 1960er-Jahre**

### Der Antikommunismus des Westens in den Nachkriegsjahrzehnten

Rolle und Inhalt des Antikommunismus veränderten sich insofern nach dem Zweiten Weltkrieg, als er nun ein Moment der Blockkonfrontation wurde: Der westliche Antikommunismus, der sich aus verschiedenen Motiven, auch aus Bedrohungsängsten speiste, wandte sich gleichermaßen gegen den Sowjetkommunismus als Ordnungsmodell wie gegen die sowjetkommunistische Vorherrschaft in Europa und anderen Teilen der Welt. Zwar wies er manche Kontinuitäten zu der vorhergehenden Epoche auf, doch war er stärker ein von den USA mitgeprägtes, teils transnationales, teils von den einzelnen Ländern und ihren Gesellschaften beeinflusstes Phänomen.<sup>[27]</sup>

Die USA empfanden die sowjetische Politik in Osteuropa nach dem Zweiten Weltkrieg als ebenso aggressiv wie amerikanischen Ordnungsvorstellungen widersprechend. Dies gilt insbesondere für die Errichtung von politischen Systemen unter kommunistischer Führung in den osteuropäischen Ländern – in Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Jugoslawien, Polen und auch der Tschechoslowakei –, der Sieg Mao Tse-tungs in China kam hinzu. Bereits im März 1947 formulierte der amerikanische Präsident Harry S. Truman in einer Rede vor dem amerikanischen Kongress den Willen seines Landes, der Ausbreitung des Kommunismus entgegenzutreten. Zwei Lebensformen stünden einander gegenüber: „Die eine Lebensform gründet sich auf den Willen der Mehrheit und ist gekennzeichnet durch freie Institutionen, repräsentative Regierungsform, freie Wahlen, Garantien für die persönliche Freiheit von politischer Unterdrückung. Die andere Lebensform gründet sich auf den Willen einer Minderheit, den diese der Mehrheit gewaltsam aufzwingt. Sie stützt sich auf Terror und Unterdrückung, auf die Zensur von Presse und Rundfunk, auf manipulierte Wahlen und auf den Entzug der persönlichen Freiheiten.“<sup>[28]</sup> Truman kündigte an, die USA würden in Zukunft jedes Land politisch und wirtschaftlich unterstützen, das sich der angestrebten Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch äußeren Druck widersetze. Aus der Sicht des amerikanischen Präsidenten war ein unüberwindbarer umfassender politisch-

ideologischer Antagonismus entstanden. Seine Administration entwickelte eine Politik des *Containments* – der weiteren Ausdehnung des Kommunismus sollte Einhalt geboten werden.

Der amerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan hatte schon ein Jahr zuvor geschrieben: „Der Weltkommunismus ist wie ein bösartiger Parasit, der sich nur von erkranktem Gewebe ernährt.“<sup>[29]</sup> Der bereits 1947 aufgelegte Marshallplan war der Versuch der USA, zur ökonomisch-gesellschaftlichen Gesundung Europas beizutragen. Gewiss entsprach diese Politik amerikanischen ökonomischen Interessen, resultierte jedoch gleichzeitig aus einer antikommunistischen Haltung, die sich durch die sowjetische Politik in Osteuropa, auch in der SBZ und in Berlin (Berlin-Blockade) herausgefordert sah. Die amerikanische Politik förderte durch ihre Geheimdienste in Westeuropa zweifellos antikommunistische Kräfte, zum Teil sogar tendenziell links orientierte, wie die Persönlichkeiten, die sich im Kongress für kulturelle Freiheit zusammenschlossen. Unter ihnen spielten frühere Kommunisten – aus sowjetischer Sicht „Renegaten“ – eine besondere Rolle. Neben der Förderung von antikommunistischen Organisationen finanzierten sie einen Teil der antikommunistischen Propaganda in Europa, etwa Radio Free Europe, das den Widerstand gegen den Kommunismus in ganz Osteuropa zu fördern suchte.<sup>[30]</sup>

In der Ära Eisenhower wurde aus der *Containment*-Politik sogar eine Politik des *Rollback*, eine Strategie, die vorgab, nicht nur die Ausbreitung des Kommunismus zu verhindern, sondern ihn auch zurückzudrängen. Im Rahmen der *Liberation*-Politik<sup>[31]</sup> entwickelte sich eine regelrechte Befreiungsrhetorik, der jedoch keine nennenswerte Praxis entsprach. So wurde seitens der USA offensichtlich keine Intervention erwogen, als die Sowjetunion die Aufstände 1953 in der DDR und 1956 in Ungarn mit Waffengewalt niederwarf. Charakteristisch für die Realität des Kalten Kriegs war, dass die Wahrung des Friedens auf der Basis der Teilung Europas in Einflussphären Priorität besaß gegenüber der Unterstützung von Freiheitskämpfern, die die kommunistischen Systeme überwinden wollten.<sup>[32]</sup>

Der Antikommunismus in den USA hatte auch eine innenpolitische Dimension. Obwohl die amerikanische Demokratie und das amerikanische demokratische Sendungsbewusstsein Voraussetzung des Antikommunismus waren, konnte diese Tradition auch zum Kampf gegen den inneren Feind pervertiert werden – so wie es während der *Red Scare* nach dem Ersten Weltkrieg und in den späten 1940er- und frühen 1950er-Jahren in der nach dem Vorsitzenden des „House Committee on Un-American Activities“ benannten McCarthy-Ära der Fall war.<sup>[33]</sup> Durch eine regelrechte Jagd auf vermeintliche Kommunisten im Staatsapparat wurden mehrere Tausend Staatsbeamte entlassen, der Regierungsapparat von Kommunisten bzw. ihren Sympathisanten „gesäubert“. Anhänger McCarthys waren vielfach Katholiken, kleine Geschäftsleute und ungelernete Arbeiter. Zeitweilig erzeugte der Senator eine regelrechte Massenhysterie. Gewiss gab es, anders als nach dem Ersten Weltkrieg, Gefolgsleute der Sowjetunion und sowjetische Agenten und Spione in Nordamerika. Dennoch waren die Formen dieses Vorgehens problematisch, weil sie realiter die amerikanischen Werte in Frage stellten und keineswegs nur Kommunisten, sondern auch Anhänger sozialdemokratischer Reformvorstellungen aus dem Staatsdienst

herausdrängten.<sup>[34]</sup> Zeitweilig ging die amerikanische Regierung auch in ihrem „Hinterhof“, in Lateinamerika, gegen alles vor, was irgendwie an Kommunisten erinnerte, und trug damit zur nachhaltigen Diskreditierung amerikanischer Politik bei.



Das Foto zeigt US-Senator Joe McCarthy (rechts) während der „McCarthy-Army Hearings“ am 9. Juni 1954. Urheber: United States Senate, Quelle: Wikimedia Commons, Lizenz: public domain

Eine wichtige Erfahrung für die amerikanische Politik war der Koreakrieg, in dem die USA mit UNO-Mandat zusammen mit Verbündeten den Angriff des kommunistischen Nordkorea und seiner Unterstützer abwehrten. Die USA betrieben eine

aktive Bündnispolitik gegen den kommunistischen Block; das wichtigste Bündnis war dabei die NATO. Weltweit versuchten die USA, dem Kommunismus entgegenzutreten, in Berlin wie in Kuba, wo es 1961/62 schwere Konflikte gab, die den Weltfrieden gefährdeten, doch mit partiellen Erfolgen der USA ein Ende fanden. In der Folgezeit begannen amerikanische Politiker, die Koexistenzpolitik des Kreml ernst zu nehmen; das Bild der sowjetkommunistischen Politik differenzierte sich. Ansätze zu einer Entspannungspolitik bildeten sich heraus, ohne dass freilich der Ost-West-Antagonismus überwunden worden wäre.

Der Vietnamkrieg wurde von amerikanischer Seite zunächst durchaus noch mit antikommunistischen Motiven geführt. Es galt, der Ausdehnung des kommunistischen Nordvietnam nach Süden durch den Vietkong Einhalt zu gebieten.<sup>[35]</sup> Allerdings waren die Methoden und Mittel des Kriegs, über die die Medien ausführlich berichteten, aus der Perspektive einer nachwachsenden Generation zunehmend fragwürdig, zumal diese – politisch links orientiert – den Krieg Nordvietnams und des Vietkong zunehmend in die Kategorie der Befreiungskriege einordnen wollte. Weltweit wurde 1968 und in den folgenden Jahren gegen den Vietnamkrieg demonstriert, den die USA offensichtlich nicht gewinnen konnten und der zu latenter „Antiamerikanismus“ führte.<sup>[36]</sup>

Der Antikommunismus wurde zwar in Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg von amerikanischer Seite gefördert, doch war er in Europa keineswegs vorrangig als ein Import aus den USA zu betrachten. Vor allem die stalinistische Politik ließ in ganz Osteuropa in der Nachkriegszeit Bedrohungsängste entstehen und das Phänomen des Antikommunismus erneut aufleben, wobei eben doch – trotz der Zusammenarbeit der Westalliierten mit der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg – an den Antikommunismus der Zwischenkriegszeit angeknüpft werden konnte. Auf der Iberischen Halbinsel herrschten weiterhin Diktaturen, zu deren

Rechtfertigung auch eine antikommunistische Komponente gehörte. Ganz anders waren die Verhältnisse in Frankreich und in Italien, wo es starke kommunistische Parteien gab, die die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus auch zu einem innenpolitischen Thema der bürgerlichen Parteien und der Sozialisten machten.<sup>[37]</sup> Es waren vielfach christlich-demokratische, sich teilweise an die katholische Kirche anlehrende Parteien und Politiker, die das christliche Abendland beschworen, ein Bollwerk gegen den Kommunismus zu bilden.<sup>[38]</sup> Auch der europäische Einigungsgedanke erhielt zeitweilig eine gewisse Überhöhung durch die „Abendlandideologie“. Deutschland war in mancher Hinsicht ein Sonderfall, weil sich durch die deutsche Spaltung der Gegensatz zwischen westlicher und kommunistischer Welt gleichsam territorialisierte und teilweise verschärfte.

### Antikommunismus in der Bundesrepublik in den 1950er- und 1960er-Jahren

Der Ost-West-Gegensatz, der sich in der Nachkriegszeit herausbildete, prägte die beiden deutschen Staaten. Die Bundesrepublik Deutschland führte ein Stück deutsche Staatstradition fort, definierte sich in den Kontexten der deutschen und europäischen Verfassungsgeschichte, teilweise in der Auseinandersetzung mit der NS-Zeit, und war eben auch eine westlich orientierte Gründung mit einer antikommunistischen Komponente während der 1950er- und 1960er-Jahre. Jedenfalls waren in der Nachkriegszeit die beiden großen Parteien CDU und SPD, auch die FDP und die kleineren Parteien mehr oder weniger antikommunistisch orientiert. Insofern kann man für die Westzonen und die frühe Bundesrepublik von einem „antikommunistischen Konsens“ sprechen.<sup>[39]</sup>

Die KPD, die die Weststaatsgründung bekämpfte und die Ordnung der Bundesrepublik offen und konspirativ in Frage stellte, war zwar anfangs eine Kraft mit regionalen Schwerpunkten, büßte jedoch – angesichts der Entwicklung in der SBZ/DDR und des an Schärfe zunehmenden Ost-West-Konflikts, auch durch ihre eigene Tendenz zur Selbstisolierung<sup>[40]</sup> – bald an Bedeutung ein. Sie kam schon 1953, auch unter dem Einfluss des 17. Juni 1953 und seiner Niederschlagung, nicht mehr in den Bundestag und wurde 1956 als das Grundgesetz bekämpfende Partei vom Bundesverfassungsgericht verboten.<sup>[41]</sup> Erst 1967 wurde mit der DKP wieder eine kommunistische Partei in der Bundesrepublik zugelassen, die sich verfassungskonform gab. Stimuliert wurde der Antikommunismus in Westdeutschland seit den 1940er-Jahren freilich stärker durch die Entwicklung in der SBZ/DDR als durch die KPD im Westen.

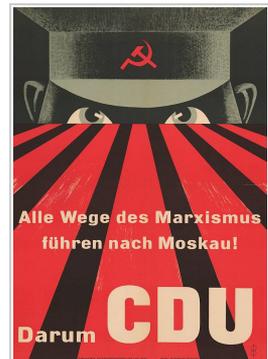
In der Ablehnung der kommunistischen Politik unterschieden sich Konrad Adenauer und Kurt Schumacher, die wichtigsten Protagonisten von CDU und SPD in den Nachkriegsjahren, nur wenig. Schumacher sah in der KPD nur ein Instrument sowjetischer Außenpolitik.<sup>[42]</sup> Die mit Mitteln des Zwangs und der Täuschung in der SBZ von der sowjetischen Besatzungsmacht und deutschen Kräften realisierte Vereinigung von SPD und KPD, die der Anfang einer Verfolgung der Sozialdemokratie in der SBZ/DDR war, steigerte den Gegensatz zwischen den Sozialdemokraten und den die SED rasch beherrschenden und sie zur Partei neuen Typs (Kaderpartei) umgestaltenden Kommunisten.<sup>[43]</sup> Die SPD gründete ein Ostbüro;<sup>[44]</sup> die anderen Parteien folgten ihrem Vorbild. Dort wurden nicht nur geflohene Sozialdemokraten betreut, sondern es entstand

auch ein von Sozialdemokraten organisiertes Netzwerk in der SBZ/DDR, das nach dem Vorbild der Widerstandsarbeit im „Dritten Reich“ Informationen sammelte und antikommunistisches Propagandamaterial zu verteilen suchte – mit verheerenden Folgen für die dabei gefassten Sozialdemokraten.

Konrad Adenauer, der früh von einer Zweiteilung Europas ausging, nutzte den Antikommunismus zur Begründung seiner Westintegrationspolitik.<sup>[45]</sup> Zugleich wendeten er und andere den Antikommunismus, zumal in Wahlkämpfen, auch gegen die Sozialdemokratie, von der sie behaupteten, diese sei mit den Kommunisten verwandt und deshalb nicht in der Lage, die Bundesrepublik vor ihnen zu schützen.<sup>[46]</sup> „Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau“ – war der Slogan eines berühmten Plakats, das an den Marxismus-Vorwurf der vorhergehenden Epoche anknüpfte.<sup>[47]</sup> Angesichts ihrer Opfer im Kampf gegen den Kommunismus empfand die SPD Adenauers Strategie als infam, zumal sie letztlich ebenfalls westlich orientiert war, allerdings die Westintegrationspolitik unter nationalen Vorbehalt (Wahrung der Wiedervereinigungschance) stellte.

Jenseits der Parteipolitik entstanden in der Bundesrepublik – teilweise vom gesamtdeutschen Ministerium geförderte<sup>[48]</sup> – antikommunistische Organisationen, die teils der Mobilisierung gegen den Kommunismus in Westdeutschland, teils der Auseinandersetzung mit dem SED-Regime dienten.<sup>[49]</sup> Genannt sei hier der „Volksbund für Frieden und Freiheit“, in dem der frühere Goebbels-Mitarbeiter Eberhard Taubert eine wichtige Rolle spielte.<sup>[50]</sup> Der Volksbund, der – in der Tradition des Antibolschewismus stehend – die Bedrohung von Staat, Nation, Wirtschaft und Gesellschaft durch den Kommunismus darzustellen suchte, besaß auch regionale Gliederungen und war im Wesentlichen eine Propagandaorganisation, die von amerikanischer Seite gefördert wurde und mit gleichgerichteten Organisationen im Comité européen Paix et Liberté im westlichen Ausland zusammenarbeitete.

Ungleich stärker auf die DDR bezogen war die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KgU), die als „Inkarnation des Antikommunismus und der Feindschaft gegen die DDR“ gilt.<sup>[51]</sup> In ihr organisierten sich bürgerliche Demokraten und Sozialdemokraten, doch griff die Gruppe auch auf „vormals überzeugte Nationalsozialisten“ zurück. Die Kampfgruppe übte sehr verschiedene Funktionen aus: Sie arbeitete als Suchdienst und betreute Flüchtlinge, veranstaltete Kundgebungen, führte Propagandaaktionen in der SBZ/DDR durch, realisierte aber eben auch Sabotageaktionen und übte nachrichtendienstliche Tätigkeiten aus. Man wird Enrico Heitzers Urteil zustimmen, dass die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ wie auch die Ostbüros von SPD, CDU, FDP und DGB „nicht primäres Instrument der amerikanischen Liberation Policy im Kalten Krieg“ gewesen seien, „sondern auch organisatorischer Ausdruck des



Wahlplakat der CDU zur Bundestagswahl am 6. September 1953. Urheber: unbekannt, Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung / Wikimedia Commons, Lizenz: CC BY-SA 3.0 DE

Selbstbehauptungswillens verschiedener opponierender Gruppen“.<sup>[52]</sup> Diese hofften, den Aufbau der Diktatur ernsthaft behindern zu können, waren aber sicherlich weit davon entfernt, systembedrohend zu wirken.

Antikommunistische Aktivitäten entfaltete auch das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, das Maßnahmen zur Abwehr des Kommunismus wie zur Bekämpfung der DDR durch deren Delegitimierung und Destabilisierung entwickelte. Eine wichtige Rolle spielte dabei die Propaganda, die der Immunisierung der Bevölkerung gegenüber dem Kommunismus dienen sollte und nicht selten anti-intellektuelle und anti-emanzipatorische Ressentiments aufgriff. Zweifellos gab es aber auch eine intellektuell anspruchsvolle Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. Wichtige Protagonisten waren frühere Kommunisten wie James Burnham, Wolfgang Leonhard, Margarete Buber-Neumann, Arthur Koestler, Manès Sperber und andere. Diese „Renegaten“ spielten auch eine wichtige Rolle im Kongress für kulturelle Freiheit, der nicht-kommunistische Linke, Sozialdemokraten, Linkssozialisten und frühere Kommunisten in Deutschland und Europa zusammenführte. Zum Kongress gehörten außer den „Renegaten“ angesehene Persönlichkeiten wie Carlo Schmid, Ernst Reuter und Willy Brandt, die alle die sowjetkommunistische Politik ablehnten, vor neutralistischen Positionen warnten und prinzipiell für die westliche Politik eintraten, in ihrem Antikommunismus jedoch untereinander differierten.<sup>[53]</sup>

Begleitet wurde die Entwicklung in der DDR durch das „SBZ-Archiv“ bzw. „Deutschland Archiv“.<sup>[54]</sup> Eine wichtige Zwischenbilanz der intellektuellen Auseinandersetzung der westlichen Forschung auf den Gebieten der Philosophie, Geschichte und Politik bildete die mehrbändige in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre publizierte Enzyklopädie „Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft“, deren anspruchsvolle Artikel jeweils die sowjetkommunistische Sicht und westliche Forschungspositionen einander gegenüberstellten.<sup>[55]</sup> Hier herrschte ein sachlicher Ton der Auseinandersetzung vor; jüngere Wissenschaftler dominierten.

Inwieweit und wie lange der Antikommunismus, der sich teilweise zum Antitotalitarismus wandelte, während der 1950er- und 1960er-Jahre als Integrationsideologie fungierte, ist noch genauer zu untersuchen. Jedenfalls begann sich der Antikommunismus bald zu differenzieren. Schon in den 1950er-Jahren stießen Formen des Antikommunismus, auch das Vorgehen gegen den Kommunismus in Westdeutschland bei Sozialdemokraten, Linkliberalen und anderen durchaus auf Kritik. Kritisiert wurde insbesondere ein Gesinnungsstrafrecht.<sup>[56]</sup> Die weitere Entwicklung sollte derartige Kritik verstärken, die bestimmte Formen des Antikommunismus obsolet erscheinen ließ, ohne dass freilich der Ost-West-Gegensatz schon überwunden war.

## **Antikommunismus in einer sich verändernden Welt in den 1970er- und 1980er-Jahren**

### Kommunismus im Wandel?

In den 1960er- und 1970er-Jahren schien die globale Auseinandersetzung zwischen Westen und Osten, Demokratie und Diktatur, Kapitalismus und Sozialismus noch nicht entschieden. Dennoch konnte es nicht ohne Wirkung auf den Antikommunismus bleiben, dass sich der Kommunismus einerseits weiter auszubreiten, andererseits aber zu differenzieren schien und damit seine monolithische Einheit einbüßte. Das sowjetisch-chinesische Schisma entstand, ideologische Gegensätze traten offen zutage. China wurde zeitweilig von seiner Kulturrevolution gelähmt, schlug dann aber den Weg ökonomischer Reformen ein. Zwar entwickelte sich einerseits der schreckliche Steinzeitkommunismus Pol Pots in Kambodscha, dem Hunderttausende zum Opfer fielen, andererseits entstanden Eurokommunismus und Reformkommunismus, der zwar 1968 noch in der Tschechoslowakei gewaltsam unterdrückt worden war, sich aber Mitte der 1980er-Jahre in der Sowjetunion unter Gorbatschow und in anderen Ländern durchsetzte, freilich den Kommunismus nicht mehr retten konnte.<sup>[57]</sup>

Zumindest die ideologische Ausstrahlung des Kommunismus begann sich in Europa seit den 1970er-Jahren abzuschwächen. In manchen Ländern wurden – u.a. durch Alexander Solženicyns Buch „Archipel Gulag“<sup>[58]</sup> – die Opfer des Sowjetkommunismus verstärkt wahrgenommen. Doch hing die Beurteilung des Kommunismus in erheblichem Maße von den jeweiligen nationalen Erfahrungen und kulturellen Besonderheiten ab. Ökonomisch war die westliche Entwicklung nach dem Ende des großen Nachkriegszyklus der Konjunkturentwicklung durch Krisen geprägt; doch ungleich stärker war die Krise, die die Sowjetunion und die sozialistischen Länder erfasste, sodass der Abstand zum Westen weiter wuchs und das sozialistische Lager keine Alternative mehr darstellte. Antikommunismus schien auch deshalb in den 1980er-Jahren teilweise obsolet zu werden.

### Antikommunismus und Entspannungspolitik

Nach der Doppelkrise Berlin/Kuba 1961/62 verstärkte sich trotz des andauernden Ost-West-Gegensatzes das Bemühen, zu einem Modus Vivendi zwischen den Supermächten sowie im Verhältnis der Bündnis-Systeme zu gelangen. Tendenzen einer Entspannungspolitik, die eine partielle Zusammenarbeit über die Blockgrenzen hinweg anstrebte, zeichneten sich ab. Vor diesem Hintergrund entwickelte Willy Brandt zusammen mit Egon Bahr seine Neue Ostpolitik, die einerseits die kommunistischen Staaten – allen voran die Sowjetunion und die DDR – als Partner begriff, andererseits aber bei Anerkennung des Status quo diesen zu modifizieren suchte, nicht zuletzt um die Einheit der deutschen Nation zu erhalten und die Verhältnisse in Mitteleuropa zu normalisieren.<sup>[59]</sup> Brandt und die SPD flankierten die Neue Ostpolitik ab 1970 durch Erklärungen der Spitzengremien über das Verhältnis zum Kommunismus, die den Gegensatz von Sozialdemokratie und Kommunismus, von Demokratie und Diktatur herausstellten. Hinzu kam 1972 der sogenannte Radikalenerlass, der im Hinblick auf den öffentlichen Dienst die Grundsätze militanter Demokratie konkretisierte. Dennoch waren die Stellungnahmen der CDU/CSU-Opposition zur Neuen Ostpolitik durch scharfen Antikommunismus charakterisiert, der u.a. auch in der Denunzierung von Brandts und Wehners Veranlassung zum Ausdruck

kam. Offensichtlich fiel es der CDU/CSU und ihren Repräsentanten schwer, ihr dichotomisches Weltbild zu modifizieren, in dem immer noch eine „hoch ideologisch aufgeladene Angstvorstellung“ eine Rolle spielte, die weiterhin von einer Bedrohung durch Moskau ausging.<sup>[60]</sup>

Die Neue Ostpolitik, die aus historischer Perspektive ausgesprochen erfolgreich war und den KSZE-Prozess zur Folge hatte, führte längerfristig zum Abbau von Feindbildern und schwächte auch den traditionellen Antikommunismus. Bemerkenswerterweise führte Helmut Kohl mit einer CDU/CSU/FDP-Koalition seit 1982 diese Politik – bei geringfügig veränderter Semantik – fort, wobei auch Franz-Josef Strauß, der als militanter Antikommunist galt, nicht nur eingebunden war, sondern durch das Aushandeln von Milliardenkrediten sogar zum aktiven Förderer dieser Politik wurde, was freilich bei seinen Anhängern zu Irritationen und zu einer Abspaltung führte, deren Ergebnis die Gründung der Republikaner war.<sup>[61]</sup>

Der traditionelle Antikommunismus spielte in der Bundesrepublik in den 1980er-Jahren nur noch eine geringe Rolle; selbst die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus war – sieht man vom Historikerstreit ab, in dem es im Kern jedoch um die Gegenwartsbedeutung der NS-Vergangenheit ging – kein zentrales Thema mehr. Peter Bender sah bereits 1981 das „Ende des ideologischen Zeitalters“ gekommen.<sup>[62]</sup> In manchen akademischen Milieus hatte sich ein Anti-Antikommunismus gebildet, der selbst zu einer Blickverengung tendierte. So hellte sich bei einigen auch das Bild der DDR auf, in der die repressive Dimension relativ wenig Beachtung fand und die Diktatur bei manchen zum „konsultativen Autoritarismus“ mutierte.<sup>[63]</sup> Allerdings war der ideologische Gegensatz keineswegs völlig geschwunden, und Versuche, gemeinsame Interessen etwa zur Verteidigung des Friedens oder im Hinblick auf die Abrüstung zu entwickeln blieben umstritten. Die Erosion des SED-Systems blieb lange unbeachtet. Erst Erhard Eplers Rede zum 17. Juni 1989 stellte die Zukunftsfähigkeit des SED-Systems in Frage; sie war zweifellos ein wichtiger Beitrag zur Kommunismuskritik am Vorabend des Endes des kommunistischen Systems in der DDR.<sup>[64]</sup>

Zur westlichen Beurteilung der kommunistischen Systeme seit den 1970er-Jahren

Trotz der Neuen Ostpolitik und des KSZE-Prozesses trübte sich das West-Ost-Verhältnis, insbesondere das zwischen den USA und der Sowjetunion seit Mitte der 1970er-Jahre teilweise wieder ein, was u. a. mit der – aus amerikanischer Sicht – aggressiven Politik der Sowjetunion in der „Dritten Welt“, insbesondere in Afrika, zusammenhing und sich nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan verstärkte. Die Menschenrechtskampagne des amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter nahm direkt Bezug auf die Schlussakte von Helsinki und lenkte die Aufmerksamkeit auf die Situation der Bürgerrechte und Bürgerrechtler in den kommunistischen Ländern. Zweifellos stellte der Umgang mit den Menschenrechten die kommunistische Herrschaft in Theorie und Praxis in Frage.<sup>[65]</sup>

Mit Ronald Reagan wurde 1981 ein dezidiert antikommunistischer Republikaner 40. Präsident der Vereinigten Staaten, der die Sowjetunion 1983 als „Reich des Bösen“ (*evil empire*) bezeichnete, unverkennbar eine forcierte Rüstungspolitik

gegenüber der kommunistischen Welt betrieb und 1987 Gorbatschow aufforderte, die Mauer in Berlin niederzureißen.<sup>[66]</sup> Seit 1985 war der KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow an der Macht, der mit Nachdruck eine Verständigungs- und Abrüstungspolitik einleitete, auf die Reagan einschwenkte. Dem Antikommunismus kam in den 1980er-Jahren das Feindbild Sowjetunion zunehmend abhanden, obgleich zunächst noch offen war, ob sich die reformerischen Kräfte dauerhaft durchsetzen würden. Das Ende der sowjetkommunistischen Welt 1989-91 ließ den bisherigen Antikommunismus mehr oder weniger obsolet erscheinen.

### Der Sieg der Dissidenten und Oppositionsbewegungen

Zum Sturz der kommunistischen Systeme trugen viele Faktoren bei: die ökonomischen Probleme, das Verblassen der Ideologie, der späte Reformkommunismus sowie in unterschiedlichem Maße in verschiedenen Ländern auch Oppositionsbewegungen. Hatten oppositionelle Kräfte lange Zeit eine Reform der kommunistischen Systeme angestrebt, waren dabei aber gescheitert und vielfach verfolgt worden, so bildeten sich seit den 1970er-Jahren verstärkt Dissidentenszenen und oppositionelle Gruppen, in Polen gar die Massenbewegung Solidarność, die für grundsätzliche Alternativen eintraten und eine Überwindung der kommunistischen Diktaturen anstrebten. Insofern wird man sie im weiteren Sinne als antikommunistisch bezeichnen können, was aber nicht zwangsläufig mit einer Orientierung an westlich-demokratischen Ideen gleichzusetzen ist.<sup>[67]</sup> Dieser Antikommunismus war in erheblichem Maße durch die Erfahrungen realer kommunistischer Systeme geprägt und unterschied sich damit von dem Antikommunismus im Westen, der trotz der Rolle der „Renegaten“ und Flüchtlinge bzw. Exilierten eine größere Distanz zur aktuellen Realität in Osteuropa hatte.<sup>[68]</sup> Zum Verhältnis beider Gruppen zueinander sind weiterführende Forschungen notwendig.

### **Die kritische Auseinandersetzung mit dem Kommunismus seit der Epochenwende 1989-91**

Die Umwälzung 1989/90 machte die Aufarbeitung der kommunistischen Systeme zu einer teilweise schon im revolutionären Prozess verfolgten Aufgabe.<sup>[69]</sup> Zu einer kritischen Aufarbeitung kam es in den verschiedenen Ländern in unterschiedlichem Maße. Sie wurde vielfach gefordert und betrieben von früheren Bürgerrechtlern und Oppositionellen, auch von Teilen der Gesellschaft, deren Haltung im weiteren Sinne als antikommunistisch bezeichnet werden kann. Der im Einzelnen unterschiedlich verlaufende Aufarbeitungsprozess hatte verschiedene Dimensionen. In der DDR erfolgte die Aufarbeitung auf straf- und zivilrechtlicher Ebene, bezog sich auf die Säuberung des Staatsapparats, vollzog sich in politisch-publizistischen Debatten, in kultureller und wissenschaftlicher Arbeit. Dabei traten in den ersten Jahren die negativen Seiten der kommunistischen Systeme in den Vordergrund: die Diktatur, die Staatssicherheit, die Verfolgung von politischen Gegnern. Erst im Laufe des ersten Jahrzehnts nach 1989 wurden Alltag und Leben verstärkt thematisiert, die in der Regel ungeachtet manch retrospektiver Verklärung „durchherrschte“ waren.<sup>[70]</sup>

Keine Frage, dass die DDR und die SED-Diktatur in Deutschland umfassender und gründlicher aufgearbeitet worden sind und noch aufgearbeitet werden, als dies bei den anderen kommunistischen Systemen der Fall ist. Dies liegt weniger an einem andauernden oder neu entflammten Antikommunismus als an dem Tatbestand, dass dieser Aufarbeitung die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit – ein langer schmerzhafter Prozess – vorausgegangen ist und die deutsche Öffentlichkeit eine derartige Aufarbeitung von Diktatur erwartet hat; sie ist gleichsam die Konsequenz deutscher politischer Kultur. Ironisch sind die Deutschen als „Weltmeister“ der Aufarbeitung bezeichnet worden.<sup>[71]</sup>

Allerdings wurde der Kommunismus auch international, etwa in Frankreich, zum Gegenstand kritischer Betrachtung.<sup>[72]</sup> Hier entstand das „Schwarzbuch des Kommunismus“,<sup>[73]</sup> das weltweit die Opfer des Kommunismus zu bilanzieren versuchte, dabei auch Vergleiche zu den Opfern des Nationalsozialismus und des Faschismus anstellte, was insbesondere in Deutschland auf Kritik stieß.<sup>[74]</sup>

## **Zum Stand der Forschung und offene Fragen**

Mit dem Begriff Antikommunismus werden nach wie vor sehr verschiedene Phänomene gefasst, wobei meist nicht zwischen Antikommunismus im engeren Sinne und Kommunismuskritik unterschieden wird, abgesehen davon, dass der Begriff in Deutschland nach wie vor eine eher pejorative Tendenz enthält, was seine Verwendung als historisch-analytische Kategorie erschwert. Erst seit 1989-91, dem Ende der sowjetkommunistischen Systeme in Europa, ist eine verstärkte Historisierung des Antikommunismus erkennbar, die der wissenschaftlichen Forschung zugutekommt.

Dass der Antikommunismus in Deutschland erst in den letzten Jahren zum Forschungsgegenstand geworden ist, hat nicht nur damit zu tun, dass Begriff und Erscheinungsformen umstritten waren, sondern auch damit, dass Antikommunismus hier im 20. Jahrhundert eine besondere Rolle gespielt hat – unter so unterschiedlichen Systemen wie der Weimarer Republik, dem „Dritten Reich“ und der Bundesrepublik (indirekt auch der DDR). Nirgendwo gab es so verschiedene Referenzrahmen für den Antikommunismus, nirgendwo war er mit so unterschiedlichen Strömungen amalgamiert, mit der Konsequenz, dass der Antikommunismus bei vielen Forschungsthemen zwar auftauchte, sich jedoch als eigenständiger Forschungsgegenstand nur schwer abgrenzen ließ. Sowohl die herausragende historische Bedeutung der NS-Diktatur als auch die besondere Rolle des kommunistisch, zeitweilig sogar stalinistisch geprägten Teilstaats DDR haben die Behandlung des Themas erschwert, wie dies für andere Länder bezogen auf Epochen und Phänomene eher möglich scheint, obgleich das Problem der Abgrenzbarkeit auch hier gegeben ist.

Erst in jüngster Zeit bilden sich verstärkt, etwa durch wissenschaftliche Konferenzen, feste Kommunikations- und Arbeitszusammenhänge unter Historikern über den Antikommunismus heraus, auf nationaler wie auf internationaler Ebene, die geeignet sind, die unübersehbaren offenen Fragen in Angriff zu nehmen.<sup>[75]</sup> Generell ist festzustellen: Es mangelt immer noch an Spezialstudien über Organisationen, Wirkungszusammenhänge, Milieus, in denen

Antikommunismus verbreitet war, doch ebenso an vergleichenden Untersuchungen vertikaler und horizontaler Art oder an Syntheseversuchen, bezogen auf Länder, Regionen und Epochen; nicht zuletzt fehlt es an transnationalen Betrachtungen. Zu den vielen noch nicht hinreichend aufgearbeiteten Aspekten gehört auch die Verklammerung von Kommunismus und Antikommunismus. Inwieweit ist Antikommunismus eine Reaktion auf konkrete Erfahrungen, inwieweit ist er eine Ideologie, die bestimmte Interessen transportiert? Evident ist der enge Zusammenhang bei früheren Kommunisten, „Renegaten“, die im Antikommunismus eine besondere Rolle gespielt haben.<sup>[76]</sup> Neuere Forschungen weisen darauf hin, dass sie sich letztlich die Propagandaarbeit der Komintern beim Kongress für kulturelle Freiheit zum Vorbild für die Arbeit dort genommen haben.<sup>[77]</sup>

Selbst im Hinblick auf die ansonsten gut erforschte Weimarer Republik sind offene Fragen nicht zu übersehen. So wird zwar die antibolschewistische Liga Eduard Stadlers vielfach genannt, doch fehlt es ebenso an einer genaueren Studie wie an vertiefenden Betrachtungen über den bürgerlichen Antikommunismus. Auch bei der Sozialdemokratie ist der Aspekt lediglich im Hinblick auf bestimmte Persönlichkeiten wie die von Karl Kautsky thematisiert worden. Bezogen auf die politische Rechte sind durchaus Sympathien zum kommunistischen Russland feststellbar,<sup>[78]</sup> die nicht in das Bild des vorherrschenden Antikommunismus/Antibolschewismus passen und die Eigengewichtigkeit außenpolitischer Ziele gegenüber dem Antikommunismus erkennen lassen.

Wie relevant für den Nationalsozialismus der Antibolschewismus – insbesondere im Vergleich zum zweifellos dominierenden Antisemitismus – auf der ideologischen Ebene war, ist ebenso strittig wie die Bedeutung des Antikommunismus für die Außenpolitik des „Dritten Reichs“. Der Kampf gegen den „jüdischen Bolschewismus“ im Zweiten Weltkrieg wirft durchaus noch Fragen in Hinblick auf Trägerschaft und Resonanz auf. Der Antibolschewismus war mit anderen Haltungen amalgamiert und besaß im Osten vor allem in der engen Verbindung mit dem Antisemitismus eine eliminatorische Dimension.

Für die Zeit des Kalten Kriegs, dessen erstes Jahrzehnt als Hochzeit des Antikommunismus betrachtet werden kann, hat die zeithistorische Forschung seit 1990, besonders in Deutschland, doch nicht nur hier, erhebliche Fortschritte gemacht. Zu nennen ist etwa Enrico Heitzers Arbeit über die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“.<sup>[79]</sup> Auch über andere Organisationen, die eine wichtige Rolle im antikommunistischen Propagandakampf spielten, wissen wir inzwischen mehr, etwa über den „Volksbund für Frieden und Freiheit“<sup>[80]</sup>. Die Rolle des gesamtdeutschen Ministeriums in Bonn von 1949-1969 untersucht Stefan Creuzbergers Arbeit „Kampf für die Einheit“.<sup>[81]</sup> Rüdiger Thomas hat die Rolle der Bundeszentrale für Heimatdienst beleuchtet.<sup>[82]</sup> Zum Kongress für kulturelle Freiheit ist die Arbeit von Michael Hochgeschwender einschlägig, doch bleiben Fragen offen, wie die nach der Haltung seiner Mitglieder, bei der Dominik Geppert eine Verschiebung von einer polarisierenden Sicht zu einem offeneren gemäßigten Antikommunismus feststellt, den manche als „Konsensliberalismus“ bezeichnen.<sup>[83]</sup> Recht gut ist inzwischen auch das Propagandaschrifttum aufgearbeitet. Intensiver zu analysieren wären die anspruchsvolleren

Auseinandersetzungen mit dem Sowjetkommunismus. Bedeutsam ist etwa die große Enzyklopädie „Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft“, deren Beiträge in der Gegenüberstellung von westlichen und östlichen Positionen noch heute nützlich sind.<sup>[84]</sup>

Die Frage nach Kontinuität und Diskontinuität des Antikommunismus in Deutschland im 20. Jahrhundert klingt häufig an, ist jedoch nicht definitiv beantwortet. Zwar gibt es personelle und sachliche Kontinuitäten zur Zwischenkriegszeit, doch auch neue Impulse nach dem Zweiten Weltkrieg – nicht zuletzt aus den USA. Die Frage nach Kontinuitäten stellt sich auch bezogen auf andere Länder, wie in den USA zum Zusammenhang von *Red Scare* und McCarthy-Ära, über die inzwischen Arbeiten vorliegen.<sup>[85]</sup> Antikommunismus ist zwar überwiegend in den jeweiligen nationalen Kontexten zu beleuchten, doch gibt es etwa im Kalten Krieg internationale und transnationale Wirkungszusammenhänge, die zu untersuchen sind.<sup>[86]</sup> Dies gilt etwa für die amerikanische *Liberation Policy*.<sup>[87]</sup> Bezogen auf bestimmte Phänomene wie die „Abendlandideologie“ oder auch den Kongress für kulturelle Freiheit sind transnationale Perspektiven der Forschung sinnvoll. Generell ist die Bedeutung des Antikommunismus für die politischen Kulturen in der Zeit des Kalten Kriegs differenziert zu analysieren. Weitgehend mangelt es auch an komparativen Untersuchungen antikommunistischer Bewegungen, Organisationen, Ideologien und Strategien, national wie transnational, synchroner wie diachroner Art. Nicht einmal auf der nationalen Ebene sind bislang Vergleiche durchgeführt worden. Über einige Unterscheidungen – wie die von Gesine Schwan von demokratischem und antidemokratischem Antikommunismus<sup>[88]</sup> – sind wir bislang nicht weit hinausgekommen.

Nicht wirklich geklärt ist das Verhältnis von antikommunistischen Aktivitäten im Westen und den Dissidenten- und Oppositionsbewegungen in Osteuropa. Manches spricht dafür, dass letztere zwar Impulse aus dem Westen erhalten haben, ihre Haltungen jedoch in erster Linie aus den Erfahrungen und Traditionen der Menschen in Ostmittel-, Südost- und Osteuropa erwachsen sind und damit Eigenständigkeit aufweisen. Sie proklamierten in der Regel keinen Antikommunismus, agierten aber im Sinne der Überwindung der kommunistischen Systeme.

Bislang wenig beachtet worden ist die Kritik am Antikommunismus: der Anti-Antikommunismus. Kommunisten oder Parteigänger des Kommunismus haben den Antikommunismus rigoros abgelehnt.<sup>[89]</sup> Abgelehnt worden ist er auch von bekannten Intellektuellen. Das berühmte Diktum Thomas Manns vom Antikommunismus als „Grundtorheit der Epoche“ bezog sich auf das Wesen des Faschismus, der von diesem Schrecken lange gelebt habe.<sup>[90]</sup> Kritik fanden bestimmte Formen des Antikommunismus in Deutschland auch im politischen Raum. Im Bereich der wissenschaftlichen Diskussionen waren es wohl die Distanz gegenüber den Totalitarismustheorien und das sich intensivierende Interesse am Nationalsozialismus und seinen Verbrechen, die die kritische Beschäftigung mit dem Kommunismus, zumal im Zeitalter der Entspannungspolitik, abgeschwächt haben.<sup>[91]</sup> Zugleich erschien der Antikommunismus als ein Überbleibsel aus dem Kalten Krieg, den man für überwunden hielt. Keine Frage, dass auch der Anti-Antikommunismus im Kontext der späten Bundesrepublik der genaueren

wissenschaftlichen Rekonstruktion bedarf.

25 Jahre nach Ende des sowjetkommunistischen Systems sollte – was keineswegs im Gegensatz zu dem seit den 1990er-Jahren vorherrschenden antitotalitären Konsens steht – eine weitere Historisierung des Antikommunismus prinzipiell möglich sein. An Aufgaben für die zeithistorische Forschung mangelt es in diesem Kontext jedenfalls nicht. Nicht zuletzt geht es darum, den Antikommunismus als eine wichtige Komponente im „Zeitalter der Extreme“ zu begreifen, die die Auseinandersetzungen zwischen Faschismus, Kommunismus und liberaler bzw. sozialer Demokratie mitgeprägt hat.<sup>[92]</sup>

## Anmerkungen

1. ↑ Zum Antikommunismus siehe: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2011, Berlin 2011, dessen Schwerpunktthema die Geschichte des Antikommunismus ist; Stefan Creuzberger/Dierk Hoffmann (Hrsg.), „Geistige Gefahr“ und „Immunisierung der Gesellschaft“. Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik, München 2014, hier insbes. Andreas Wirsching, Antikommunismus als Querschnittsphänomen politischer Kultur, 1917-1945, S. 15-28. Ferner Kurt Marko, Antikommunismus, in: Claus D. Kernig (Hrsg.), Marxismus im Systemvergleich, Politik, Bd. 1, Frankfurt a.M./New York 1973, S. 51ff.; Wolfgang-Uwe Friedrich, Antikommunismus, in: Rainer Eppelmann u. a. (Hrsg.), Lexikon des DDR-Sozialismus, Paderborn/München 1996, S. 62-64. – Dass es in den kommunistischen Bewegungen und Systemen eine starke Tendenz gab, jede Auseinandersetzung mit ihnen als Antikommunismus zu qualifizieren und abzuwerten, sei hier erwähnt, kann aber in diesem Kontext nicht thematisiert werden.
2. ↑ Ein engerer Antikommunismus-Begriff, der vorrangig auf rechtsgerichtete Politik oder Ideologie abhebt, bei Volker Gransow, Antikommunismus, in: Martin Greiffenhagen/Sylvia Greiffenhagen/Rainer Prätorius (Hrsg.), Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik, Opladen 1981, S. 43-48; Jan Korte, Instrument Antikommunismus. Sonderfall Bundesrepublik, Berlin 2009; Wolfgang Wippermann, Heilige Hetzjagd. Eine Ideologiegeschichte des Antikommunismus, Berlin 2012.
3. ↑ Siehe Wippermann, Heilige Hetzjagd.
4. ↑ Siehe dazu das umfangreiche Nachschlagewerk: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie, hrsg. v. Claus D. Kernig, 6 Bde., Freiburg 1966. Die Taschenbuchausgabe unter dem Titel: Marxismus im Systemvergleich, Freiburg/New York 1973.
5. ↑ Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass es umfassende Darstellungen zum Thema Antikommunismus bislang nicht gibt. Einzelstudien in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2011. Vgl. auch weiter unten Punkt 8.
6. ↑ Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München/Wien 1995.
7. ↑ Siehe dazu Shlomo Na'aman, Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten in Deutschland in der zweiten Phase seines Bestehens, in: Archiv für Sozialgeschichte 5 (1965), S. 5-82; Wolfgang Schieder, Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung. Die Auslandsvereine im Jahrzehnt nach der Juli-Revolution von 1830, Stuttgart 1963; Thomas Welskopp, Das Banner der Brüderlichkeit. Die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz, Bonn 2000.
8. ↑ Vgl. dazu Heinrich August Winkler, Geschichte des Westens. Die Zeit der Weltkriege 1914-1945, München 2011, S. 39ff., 223ff.
9. ↑ Siehe Lutz Raphael, Imperiale Gewalt und mobilisierte Nation. Europa 1914-1945, München 2011, S. 82-130.
10. ↑ Vgl. Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme, S. 78ff.
11. ↑ Vgl. Ian Kershaw, Höllensturz. Europa 1914 bis 1949, München 2016, S. 151ff.
12. ↑ Siehe Heinrich August Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin/Bonn 1984; ders., Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Berlin 1985.
13. ↑ Siehe dazu Peter Lösche, Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie 1903-1920, Berlin 1967; Jürgen Zarusky, Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzung und außenpolitische Konzeptionen 1917-1933, München 1992.
14. ↑ Siehe Karl Kautsky, Die Diktatur des Proletariats, Wien 1918; ders., Volksherrschaft oder Gewaltherrschaft? Berlin/Bern o.J. [1919]; ders., Der Bolschewismus in der Sackgasse, Berlin 1930. Vgl. dazu Ingrid Glicher-Holtey, Karl Kautsky (1854-1938), in: Walter Euchner (Hrsg.), Klassiker des Sozialismus, Bd. I, München 1991, S. 233-249, hier S. 244ff.
15. ↑ Siehe dazu Zarusky, Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell; Uli Schöler,

- „Despotischer Sozialismus“ oder „Staatssklaverei“? Die theoretische Verarbeitung der sowjetischen Entwicklung in der Sozialdemokratie Deutschlands und Österreichs (1917-1929), 2 Bde., Hamburg/Münster 1991.
16. † Vgl. Bernd Faulenbach, Zur Rolle von Totalitarismus- und Sozialfaschismus-„Theorien“ im Verhältnis von Sozialdemokraten und Kommunisten in den frühen dreißiger Jahren, in: Thies Schmeitzner (Hrsg.), Totalitarismuskritik von links. Deutsche Diskurse im 20. Jahrhundert, Göttingen 2007, S. 119-131.
  17. † Vgl. Frank Schauff, Der verspielte Sieg. Sowjetunion, Kommunistische Internationale und Spanischer Bürgerkrieg 1936-1939, Frankfurt a.M. 1994; Winkler, Geschichte des Westens. Die Zeit der Weltkriege 1914-1945, S. 811ff.
  18. † Zur Antibolschewistischen Liga siehe Klemens von Klemperer, Konservative Bewegungen. Zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München/Wien o.J., S. 116ff.; Armin Mohler, Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932. Ein Handbuch, Darmstadt 1972, S. 180, 293f. Zur Furcht vor dem Bolschewismus vgl. Kai-Uwe Merz, Das Schreckbild. Deutschland und der Bolschewismus 1917 bis 1921, Berlin 1995.
  19. † Peter Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985, S. 149f., 173ff.
  20. † Vgl. dazu Winkler, Geschichte des Westens. Die Zeit der Weltkriege 1914-1945, S. 212ff.; Robert K. Murray, Red Scare. A Study in National Hysteria, 1919-1920, New York 1964; Murray B. Levin, Political Hysteria in America. The Democratic Capacity for Repression, New York 1971; Helke Rausch, Red Scare: Bodenwellen der russischen Oktoberrevolution in den USA 1919/20, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2017, Berlin 2017, S. 131-148.
  21. † Siehe Winkler, Geschichte des Westens. Die Zeit der Weltkriege 1914-1945, S. 213.
  22. † Vgl. Kershaw, Höllensturz, S. 279ff.
  23. † Vgl. Wolfgang Schieder, Der italienische Faschismus 1919-1945, München 2010.
  24. † Zum Historikerstreit aus neuerer Sicht vgl. Ulrich Herbert, Der Historikerstreit. Politische, wissenschaftliche biographische Aspekte, in: Martin Sabrow/Ralph Jessen/Klaus Große Kracht, Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen nach 1945, München 2003, S. 94-113. Wichtige Texte in: „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München/Zürich 1987.
  25. † Vgl. Hans Mommsen, Das NS-Regime und die Auslöschung des Judentums in Europa, Göttingen 2014.
  26. † Zur Bedeutung dieser ideologischen Komponente der NS-Politik in den späteren 1930er-Jahren vgl. Moritz Florin, Mobilisierung für den Vernichtungskrieg? Nationalsozialistische Propaganda und Stalinismus 1933-1941, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2011, S. 31-37.
  27. † Dass auch jenseits des Ost-West-Gegensatzes antikommunistische Traditionen in Europa weiter bestanden, zeigt das Beispiel Schweiz. Vgl. Michel Caillat/Mauro Cerutti/Jean-François Fayet/Stéphanie Roulin (Hrsg.), Histoire(s) de l'anticommunisme en Suisse – Geschichte(n) des Antikommunismus in der Schweiz, Zürich 2009.
  28. † Die Rede des Präsidenten Harry S. Truman ist abgedruckt bei Herbert Michaelis/Ernst Schraepler (Hrsg.), Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart, 26 Bde., Berlin 1958-1979, Bd. 25, S. 148f.
  29. † George F. Kennan, „Langes Telegramm“, zitiert nach Ulrich Herbert, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014, S. 592. – Vgl. Thomas H. Etzold/John L. Gaddis, Strategies of Containment. A Critical Appraisal of Postwar American National Security Policy, New York 1982.
  30. † Vgl. Anna Bischof/Zuzana Jürgens (Hrsg.), Voices of Freedom – Western Interference? 60 Years of Radio Free Europe, Göttingen 2015.
  31. † Dazu grundlegend: Bernd Stöver, Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische Liberation Policy im Kalten Krieg 1947-1991, Köln/Weimar/Wien 2002.
  32. † Vgl. Gottfried Niedhart, Entspannung in Europa. Die Bundesrepublik Deutschland und der Warschauer Pakt 1960 bis 1975, München 2014, S. 13.
  33. † Siehe dazu John Lewis Gaddis: Der Kalte Krieg. Eine neue Geschichte, München 2007, S. 69ff.; Ellen Schrecker, Many Are the Crimes. McCarthyism in America, Boston 1998; dies., The Age of McCarthyism. A Brief History with Documents, Boston 1994; Thomas Mergel, „The Enemy in Our Midst“. Antikommunismus und Amerikanismus in der Ära McCarthy, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 51 (2003), S. 237-257; Richard Gid Powers, Not without Honor. The History of American Anticommunism, New Haven 1998.
  34. † Vgl. Landon R.Y. Storrs, The Second Red Scare and the Unmaking of the New Deal Left, Princeton 2013.
  35. † Zum Vietnamkrieg vgl. Bernd Greiner, Krieg ohne Fronten. Die USA in Vietnam, Hamburg 2007; James S. Olson/Randy Roberts, Where the Domino Fell. America and Vietnam. 1945 to 1990, New York 1991; Marc Frey, Geschichte des Vietnamkriegs. Die Tragödie in Asien und das Ende des amerikanischen Traums, München 1998.
  36. † Vgl. Jan C. Behrends/Árpád von Klimó/Patrice G. Poutrus, Antiamerikanismus im 20. Jahrhundert. Studien zu Ost- und Westeuropa, Bonn 2005.
  37. † Es ist in diesem Rahmen nicht möglich, die Entwicklungen in den verschiedenen europäischen Ländern zu charakterisieren.
  38. † Siehe Stéphanie Roulin, Un credo anticommuniste. La commission Pro Deo de l'Entente

- Internationale Anticomuniste ou la dimension religieuse d'un combat politique 1924-1945, Lausanne 2010. Vgl. Johannes Großmann, Vom „christlichen Kominform“ zur „geistigen Nato“. Das Internationale Comité zur Verteidigung der Christlichen Kultur als transnationale antikommunistische Propagandaagentur, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2011, S. 139-154; Axel Schildt, Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre, München 1999, S. 21ff.; ders./Detlef Siegfried, Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik von 1945 bis zur Gegenwart, München 2009, S. 143ff.
39. ↑ Vgl. Ernst Nolte, Deutschland und der Kalte Krieg, München/Zürich 1974; Stefan Creuzberger/Dierk Hoffmann (Hrsg.), „Geistige Gefahr“ und „Immunsierung der Gesellschaft“. Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik, München 2014.
40. ↑ Vgl. Till Kössler, Abschied von der Revolution. Kommunisten und Gesellschaft in Westdeutschland 1945-1968, Düsseldorf 2005.
41. ↑ Repressionsmaßnahmen spielten keine entscheidende Rolle. Vgl. Till Kössler, Die Grenzen der Demokratie. Antikommunismus als politische und gesellschaftliche Praxis in der frühen Bundesrepublik, in: Creuzberger/Hoffmann (Hrsg.), „Geistige Gefahr“ und „Immunsierung der Gesellschaft“, S. 229-250; Patrick Major, The Death of the KPD. Communism and Anti-Communism in West-Germany, 1945-1956, Oxford 1997.
42. ↑ Siehe Kurt Schumacher, Reden – Schriften – Korrespondenzen 1945-1952, hrsg. v. Willy Albrecht, Berlin/Bonn 1985, S. 92, 228ff.; Peter Merseburger, Der schwierige Deutsche. Kurt Schumacher. Eine Biographie, Stuttgart 1995, S. 240ff. – Zum sozialdemokratischen Antikommunismus siehe auch Gesine Schwan, Antikommunismus und Antiamerikanismus in Deutschland. Kontinuität und Wandel nach 1945, Baden-Baden 1999, S. 36ff.; Klaus Körner, „Die rote Gefahr“. Antikommunistische Propaganda in der Bundesrepublik 1950-2000, Hamburg 2003, S. 75ff.
43. ↑ Vgl. Andreas Malycha, Auf dem Weg zur SED. Die Sozialdemokratie und die Bildung der Einheitspartei in den Ländern der SBZ, Bonn 1995; ders., Partei von Stalins Gnaden?, Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typs in den Jahren 1946-1950, Berlin 1996; Beatrix Bouvier, Ausgeschaltet. Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR 1945-1953, Bonn 1996.
44. ↑ Wolfgang Buschfort, Das Ostbüro der SPD. Von der Gründung bis zur Berlin-Krise, München 1991; ders., Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP, Berlin 2000.
45. ↑ Zu Adenauer vgl. Hans-Peter Schwarz, Adenauer, 2 Bde., Stuttgart 1986 u. 1991.
46. ↑ Siehe Konrad Reppen, Finis Germaniae. Untergang Deutschlands durch einen SPD-Wahlsieg 1957?, in: Dieter Blumenwitz u. a. (Hrsg.), Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers, Bd. II, Stuttgart 1976.
47. ↑ Vgl. Thomas Mergel, Propaganda nach Hitler. Eine Kulturgeschichte des Wahlkampfes in der Bundesrepublik 1949-1990, Göttingen 2010, S. 290-293.
48. ↑ Vgl. Stefan Creuzberger, Kampf gegen den inneren Feind. Das gesamtdeutsche Ministerium und der staatlich gelenkte Antikommunismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: Creuzberger/Hoffmann (Hrsg.), „Geistige Gefahr“ und „Immunsierung der Gesellschaft“, S. 87-104.
49. ↑ Der Band von Creuzberger/Hoffmann (Hrsg.), „Geistige Gefahr“ und „Immunsierung der Gesellschaft“, enthält eine ganze Reihe informativer Studien über Träger des Antikommunismus sowie zur Alltagspraxis des Antikommunismus in der frühen Bundesrepublik.
50. ↑ Siehe Körner, „Die rote Gefahr“, S. 21ff.; Mathias Friedel, Der Volksbund für Frieden und Freiheit (VFF). Eine Teiluntersuchung über westdeutsche antikommunistische Propaganda im Kalten Krieg und deren Wurzeln im Nationalsozialismus, St. Augustin 2001.
51. ↑ Enrico Heitzer, Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU). Widerstand und Spionage im Kalten Krieg 1948-1959, Köln/Weimar/Wien 2015, Zitat S. 471.
52. ↑ Ebd., S. 477.
53. ↑ Vgl. Michael Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive? Der Kongress für kulturelle Freiheit und die Deutschen, München 1998.
54. ↑ Das „SBZ-Archiv“ erschien seit 1950 unterstützt vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Aus ihm ging 1968 das „Deutschland Archiv“ hervor, dessen Erscheinen 2012 eingestellt wurde. Seit 2011 gibt es das Internet-Portal „Deutschland Archiv“ mit einzelnen Themenschwerpunkten: <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/>. Die Zeitschrift wie das Portal sind ein Forum der wissenschaftlich-publizistischen Auseinandersetzung mit der DDR und gesamtdeutschen Fragen.
55. ↑ Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie, hrsg. v. Claus D. Kernig, 6 Bde., Freiburg 1966. Die Taschenbuchausgabe unter dem Titel: Marxismus im Systemvergleich, Freiburg/New York 1973.
56. ↑ Siehe zu den strafrechtlichen Verfahren gegen Kommunisten und zur Kritik daran: Alexander von Brünneck, Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik 1949 bis 1968, Frankfurt a.M. 1978; Joachim Perels, Keine Erfolgsgeschichte des demokratischen Rechtsstaates – zur strafrechtlichen Ausschaltung von Kommunisten in der Ära Adenauer, in: Antonia Grunenberg (Hrsg.), Einsprüche. Politik und Sozialstaat im 20. Jahrhundert. Festschrift für Gerhard Kraiker, Hamburg 2005, S. 193-203; Diether Posser, Anwalt im Kalten Krieg. Deutsche Geschichte in politischen Prozessen 1951-1968, Bonn 2000.
57. ↑ Vgl. Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme, S. 465ff. und S. 572ff.
58. ↑ Das Werk Alexander Solženicyns erschien 1973 und führte insbesondere in Frankreich zu einer

- Intensivierung der kritischen Auseinandersetzung mit dem Sowjetkommunismus.
59. ↑ Vgl. Bernd Faulenbach, *Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur Neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969-1982*, Bonn 2001, S. 80ff.
  60. ↑ Andreas Rödder, Bündnissolidarität und Rüstungskontrollpolitik. Die Regierung Kohl-Genscher, der NATO-Doppelbeschluss und die Innenseite der Außenpolitik, in: Philipp Gassert/Tim Geiger/Hermann Wentker (Hrsg.), *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive*, München 2011, S. 123-136, hier S. 128f.
  61. ↑ Vgl. Horst Möller, Franz-Josef Strauß. Herrscher und Rebell, München 2015.
  62. ↑ Peter Bender, *Das Ende des ideologischen Zeitalters. Die Europäisierung Europas*, Berlin 1981.
  63. ↑ Vgl. Peter Christian Ludz, *Parteielite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung. Eine empirisch-systematische Untersuchung*, Köln/Opladen 1970.
  64. ↑ Die Rede ist abgedruckt in: Erhard Eppler, *Reden auf die Republik. Deutschlandpolitische Texte 1952-1990*, München 1990, S. 31-47.
  65. ↑ Vgl. Jan Eckel/Samuel Moyn (Hrsg.), *Moral für die Welt? Menschenrechtspolitik in den 1970er Jahren*, Göttingen 2012.
  66. ↑ Zu Reagans Antikommunismus und Außenpolitik vgl. Heinrich August Winkler, *Geschichte des Westens. Vom Kalten Krieg zum Mauerfall*, München 2014, S. 801ff., 815.
  67. ↑ Zu diesem Thema sind allerdings differenzierte Länderstudien nötig. Überblicksdarstellungen bei Andreas H. Apelt/Robert Grünbaum/János Can Togay (Hrsg.), *Die ostmitteleuropäischen Freiheitsbewegungen 1953-1989. Opposition, Aufstände und Revolutionen im kommunistischen Machtbereich*, Berlin 2014; Andreas H. Apelt/Robert Grünbaum/Martin Gutzeit (Hrsg.), *Umbrüche und Revolutionen in Ostmitteleuropa 1989*, Berlin 2015; Detlef Pollack/Jan Wielgoß (Hrsg.), *Akteure oder Profiteure? Die demokratische Opposition in den ostmitteleuropäischen Regimeumbrüchen 1989*, Wiesbaden 2010.
  68. ↑ Um Antikommunismus im Westen und im Osten kreisten Gespräche zwischen Heinrich Böll und Lew Kopelew 1981 und 1982, die unter dem Titel: Heinrich Böll/Lew Kopelew/Heinrich Vormweg, *Antikommunismus in Ost und West. Zwei Gespräche*, Köln 1982, veröffentlicht wurden.
  69. ↑ Vgl. Bernd Faulenbach/Franz-Josef Jelich (Hrsg.), „Transformationen“ der Erinnerungskulturen in Europa nach 1989, Essen 2006; Volkhard Knigge (Hrsg.), *Kommunismusforschung und Erinnerungskulturen in Ostmittel- und Westeuropa*, Köln 2013.
  70. ↑ Der Begriff bei Jürgen Kocka, *Eine durchherrschte Gesellschaft*, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hrsg.), *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994, S. 547-618.
  71. ↑ Vgl. Aleida Assmann, *Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur. Eine Intervention*, München 2013, S. 59ff.
  72. ↑ Vgl. François Furet, *Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert*, München/Zürich 1995.
  73. ↑ Stéphane Courtois/Nicolas Werth u. a., *Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror*, München 1998.
  74. ↑ Vgl. Horst Möller (Hrsg.), *Der rote Holocaust und die Deutschen. Die Debatte um das „Schwarzbuch des Kommunismus“*, München 1999.
  75. ↑ Der Sammelband von Stefan Creuzberger und Dierk Hoffmann, „Geistige Gefahr“ und „Immunisierung der Gesellschaft“, ist aus einer gemeinsamen Tagung der Bundeszentrale für politische Bildung und des Instituts für Zeitgeschichte hervorgegangen. Vgl. auch den Bericht über eine internationale Tagung des Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts und des Imre Kertész Kollegs Jena im November 2014, <http://www.hsozkult.de/conferencesreport/id/tagungsberichte-5759>.
  76. ↑ Vgl. Michael Rohwasser, *Der Stalinismus und die Renegaten. Die Literatur der Exkommunisten*, Stuttgart 1991. Für etliche der „Renegaten“ liegen inzwischen Studien vor.
  77. ↑ Daniela Muraca, Die Rolle der exkommunistischen Intellektuellen beim Kongress für kulturelle Freiheit, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 2011, S. 155-176.
  78. ↑ Vgl. Bernd Faulenbach, *Otto Hoetzsch und die Osteuropakunde in der Weimarer Republik*, in: *Mitteilungen der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen*, Bd. 6, München 2017, S. 63-72.
  79. ↑ Enrico Heitzer, *Die Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit (KgU). Widerstand und Spionage im Kalten Krieg 1948-1959*, Köln/Weimar/Wien 2015.
  80. ↑ Siehe Kömer, „Die rote Gefahr“; Friedel, *Der Volksbund für Frieden und Freiheit (VFF). Zum „Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen“* vgl. Frank Hagemann, *Der Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen 1949-1969*, Frankfurt a.M. 1994.
  81. ↑ Stefan Creuzberger, *Kampf für die Einheit. Das gesamtdeutsche Ministerium und die politische Kultur des Kalten Krieges 1949-1969*, Düsseldorf 2008.
  82. ↑ Rüdiger Thomas, *Antikommunismus zwischen Wissenschaft und politischer Bildung*, in: *Deutschland Archiv* 45 (2012), S. 277-293, online unter <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/136249/antikommunismus-zwischen-wissenschaft-und-politischer-bildung?p=all>.
  83. ↑ Michael Hochgeschwender, *Freiheit in der Offensive? Der Kongress für kulturelle Freiheit und die Deutschen*, München 1998; Dominik Geppert, *Intellektuelle und Antikommunismus. Der Kongress für Kulturelle Freiheit und die Gruppe 47*, in: Creuzberger/Hoffmann (Hrsg.), „Geistige Gefahr“ und „Immunisierung der Gesellschaft“, S. 321-333.
  84. ↑ *Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie*, hrsg. v. Claus D.

- Kernig, 6 Bde., Freiburg 1966.
85. † Siehe oben Anmerkung 20.
86. † Vgl. dazu Luc van Dongen/Stéphanie Roulin/Giles Scott-Smith, *Transnational Anti-Communism and the Cold War. Agents, Activities and Networks*, Basingstoke/New York 2014.
87. † Stöver, *Die Befreiung vom Kommunismus*.
88. † Gesine Schwan, *Antikommunismus und Antiamerikanismus in Deutschland. Kontinuität und Wandel nach 1945*, Baden-Baden 1999. Weiterführend ist Wirschings Unterscheidung zwischen ideologischem, funktionalem und empirischem Antikommunismus: Andreas Wirsching, *Antikommunismus als Querschnittsphänomen politischer Kultur, 1917-1945*, in: Creuzberger/Hoffmann (Hrsg.), „Geistige Gefahr“ und „Immunisierung der Gesellschaft“, S. 15-28.
89. † Siehe Marko, *Antikommunismus*.
90. † Zitiert nach Kurt Sontheimer, *Thomas Mann und die Deutschen*, Frankfurt a.M./Hamburg 1961, S. 128ff., Zitat S. 131.
91. † Zum Anti-Antikommunismus vgl. Ulrike Ackermann, *Sündenfall der Intellektuellen. Ein deutsch-französischer Streit von 1945 bis heute*, Stuttgart 2000.
92. † Vgl. Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme*; Tony Judt mit Timothy Snyder, *Nachdenken über das 20. Jahrhundert*, München 2013.

### **Empfohlene Literatur zum Thema**

Creuzberger, Stefan / Hoffmann, Dierk (Hrsg.), „Geistige Gefahr“ und „Immunisierung der Gesellschaft“: Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik, München 2014: Oldenbourg

Frei, Norbert (Hrsg.), *Der Antikommunismus in seiner Epoche: Weltanschauung und Politik in Deutschland, Europa und den USA*, Göttingen 2017: Wallstein

Kernig, Claus D. (Hrsg.), *Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft: eine vergleichende Enzyklopädie*; 6 Bde., Freiburg im Breisgau Basel Wien 1966: Herder

SED-Diktatur, *Stiftung zur Aufarbeitung der / Sozialforschung*, Mannheimer Zentrum für Europäische, *Jahrbuch für historische Kommunismusforschung*; 2011, 2011, Berlin : Aufbau-Verl.